

Landkreis Kassel

Jugendhilfeausschuss

Wilhelmshöher Allee 19 – 21, 34117 Kassel

Tel.: 0561-1003-0

Kassel, 01.07.2014



Niederschrift

der 12. öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses
(Wahlzeit 2011 - 2016)

am Dienstag, 13.05.2014
von 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Ort: 34117 Kassel, Wilhelmshöher Allee 19-21,
Kreishaus, Großer Sitzungssaal

Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2014 (Anlage)

TOP 3 Programm des Jugendbildungswerkes 2. Halbjahr 2014 (Anlage)

TOP 4 § 72a SGB VIII, erweiterte Führungszeugnisse (Anlage)

TOP 5 Information zum Fachtag des Nordhessischen Netzwerks Jugendarbeit und Jugendbildung mit dem Titel: "Jugend in between- in verschiedenen Lebenswelten zuhause, Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft. Ergebnisse und Konsequenzen der SINUS – Jugendstudie", am 10.07.2014 im Hermann-Schafft-Haus, Kassel

TOP 6 Konzept Partizipation

TOP 7 Vorstellung des Projekts "Heimkinderakten"

TOP 8 Präsentation von Arbeitsfeldern der Jugendhilfe

TOP 9 Themenspeicher

TOP 10 Verschiedenes

Abhandlung der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung

Herr Bechtel begrüßt die Anwesenden recht herzlich und stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Er begrüßt besonders Frau Eberhardt, Frau Krönung und Frau Möller, die im Laufe der Sitzung das Projekt „Heimkinderakten“ vorstellen werden. Weiterhin gibt er bekannt, dass Frau Thüne nun als zusätzliche Schriftführerin im Jugendhilfeausschuss fungiert. Die Mitglieder sind mit dieser Regelung einverstanden.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2014 (Anlage)

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 04.02.2014 werden keine Einwände erhoben.

TOP 3 Programm des Jugendbildungswerkes 2. Halbjahr 2014 (Anlage)

Herr Eckhardt informiert über Änderungen im Programm des Jbw 2. Halbjahr 2014. Da die aktualisierte Version bereits allen Anwesenden vorliegt, ist letztlich nur eine Änderung relevant. Der Punkt 12 „Trick-Film-Märchen-Afrika-Deutschland-Projekt“ wird von einer mehrtägigen zu einer eintägigen Veranstaltung. Weiterhin liefert Herr Eckhardt einen Ausblick auf das 2. Halbjahr. Geplant ist eine Veranstaltung mit Reinhardt Winter in der Vorweihnachtszeit mit dem Thema „Jungen brauchen klare Ansagen“. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der vhs stattfinden. Voraussichtlich werden 40 Plätze angeboten.

Nachdem keine weiteren Fragen zu anderen Programmpunkten bestehen wird das Programm zur Abstimmung gegeben.

Unter Berücksichtigung der Änderung des Punkt 12 wird das Programm einstimmig beschlossen.

TOP 4 § 72a SGB VIII, erweiterte Führungszeugnisse (Anlage)

Frau Scherer führt kurz in das Thema ein. Das am 01.01.12 in Kraft getretene Bundeskinderschutzgesetz setzt fest, dass für die ehrenamtliche Arbeit in Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit ein erweitertes Führungszeugnis einzureichen ist.

Dies soll dem Schutz vor sexualisierter Gewalt dienen und wurde kontrovers diskutiert.

Nach Verhandlungen mit dem Hessischen Landkreistag, dem Städtetag und dem Hessischen Jugendring wurde auf lokaler Ebene in Kooperation mit der Stadt Kassel eine angepasste Vereinbarung zum § 72 a SGB VIII entworfen.

Herr Soltau führt weiter aus. Die Forderung bei ehrenamtlichen Mitarbeitern ein erweitertes Führungszeugnis anzufordern, habe bei den hessischen Vereinen und Verbänden großen Unmut ausgelöst.

Mit Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes im Jahr 2012 hat der Gesetzgeber weiterhin festgelegt, dass die Jugendämter eigene Vereinbarung im Rahmen des § 72 a SGB VIII mit den jeweiligen privaten und öffentlichen Trägern der Jugendarbeit treffen sollen.

Basierend auf der hessischen Mustervereinbarung wurde vom Stadtjugendring, vom Kreisjugendring, der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel eine Mustervereinbarung auf regionaler Ebene erarbeitet.

Herr Soltau betont, dass man hinter dem § 72 a SGB VIII das Ziel sehen sollte, sexualisierte Gewalt gegenüber Jugendlichen zu enttabuisieren und debattierbar zu machen. Er ruft dazu auf, Vorbehalte zu entkräften und die positiven Perspektiven einzubringen, die der § 72 a bietet.

Herr Soltau informiert weiterhin darüber, dass –entgegen von Gerüchten- das erweiterte Führungszeugnis im Bereich der ehrenamtlichen Jugendarbeit von den Kommunen kostenfrei ausgestellt werde.

Er merkt an, dass § 72a erst zum Tragen kommt, wenn gewisse Kriterien im Rahmen der Arbeit mit Jugendlichen erfüllt sind (Art, Umfang und Intensität).

Die flächendeckende Umsetzung des § 72 a zu gewährleisten, wird einen immensen Arbeitsaufwand abverlangen.

Herr Eckhardt berichtet von einer Hauptamtsleitersitzung. Auf dieser wurde vorgeschlagen, vereinsweise Listen einzureichen und die Ausstellung des erweiterten Führungszeugnisses so zu pauschalisieren, um das Verwaltungsprozedere zu vereinfachen.

Herr Bechtel gibt zu bedenken, dass das erweiterte Führungszeugnis seines Wissens nach persönlich beantragt werden müsse.

Herr Sosalla bestätigt diesen Einwurf. Er habe bereits versucht, einen Sammelantrag zu stellen. Dem Antrag waren Einverständniserklärungen und Personalausweiskopien der Betroffenen beigefügt. Trotz dieser Dokumente erfolgte die Rückmeldung, dass eine Beantragung nur persönlich möglich sei.

Frau Michelsen wirft ein, dass man das positive Ergebnis, das mit der gemeinsam erarbeiteten Mustervereinbarung erzielt wurde, über die HNA publik machen sollte. Ein solcher Artikel würde für die Vereine als Information dienen und man könne ihn nutzen, um Gerüchte aus der Welt zu räumen und um zu zeigen, dass alle an einem Strang ziehen.

Frau Kaiser-Wirz spricht sich ebenfalls für einen Presseauftritt aus. Weiterhin stellt sie die Frage, was die Konsequenz aus einer Verweigerung der Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses sei.

Herr Soltau erläutert, dass die Konsequenz die Nichtbeschäftigung sei. Sollte die betreffende Person doch eingestellt werden und sollte es zu Auffälligkeiten kommen, könne man dem Träger Fahrlässigkeit vorwerfen.

Frau Scherer ergänzt, dass man nicht außer Acht lassen dürfe, dass bei Einhaltung des § 72a der Träger abgesichert sei.

Herr Eckhardt spricht sich dafür aus, dass eine gemeinsame Haltung gefunden werden müsse, um die Sensibilisierung in diesen Bereichen voranzutreiben.

Herr Bechtel bedankt sich für die Anregung zur Öffentlichkeitsarbeit und zieht das Resümee, dass man sich auf einem guten Weg zu befinden scheine.

TOP 5 Information zum Fachtag des Nordhessischen Netzwerks Jugendarbeit und Jugendbildung mit dem Titel: „Jugend in between- in verschiedenen Lebenswelten zuhause, Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft. Ergebnisse und Konsequenzen der SINUS – Jugendstudie“, am 10.07.2014 im Hermann-Schafft-Haus, Kassel

Herr Soltau bittet darum, für die Teilnahme am auf der SINUS-Studie basierenden Fachtag zu werben und die Flyer zu verteilen. Das Nordhessische Netzwerk –der Veranstalter - ist ein Zusammenschluss von Jugendförderungen/Jugendbildungswerken auf kommunaler Ebene und bietet alle 2 Jahre einen solchen Fachtag an.

Das Nordhessische Netzwerk hoffe auf eine rege Teilnahme und darüber hinaus auf die Möglichkeit, viele Anregungen für die Jugendarbeit zu sammeln.

Herr Soltau verteilt das Tagungsprotokoll „Eigenständige Jugendpolitik – Was ist das und was hat das mit mir zu tun? “ von einem im November 2013 durchgeführten Fachtag in Bad Homburg.

Frau Regier merkt an, dass die Teilnahme am Fachtag problematisch wird, weil zur selben Zeit eine Kreistagssitzung stattfindet.

Herr Soltau erklärt, dass kein anderer Termin zu finden gewesen sei, da das SINUS-Institut sehr gefragt ist

TOP 6 Konzept Partizipation

Herr Soltau stellt die Vorlage für den Kreisausschuss „Demokratische Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Landkreis Kassel im Bereich der politischen Willensbildung“ vor.

Dieses Konzeptpapier für die Partizipation von Jugendlichen wurde zusammen mit den Vorsitzenden des Kreisschülerrates entwickelt.

Herr Soltau bittet darum, das Konzept empfehlend an den Kreisausschuss weiterzuleiten, um das Partizipationskonzept direkt und zeitnah umsetzen zu können.

Er erläutert jeweils kurz die fünf Bausteine (1. Teilnahme an Ausschüssen, 2. Benennung eines kinder- und jugendpolitischen Sprechers in den Fraktionen, um im unmittelbaren Dialog mit dem KSR Belange der Kinder und Jugendlichen in den parlamentarischen Raum zu tragen, 3. Die Veranstaltung eines offenen Jugendforums durch den KA bei Bedarf (max. 2 mal jährlich), 4. Die projektorientierte Beteiligung und 5. Die Begleitung und Koordinierung des Partizipationsprozesses durch den Fachbereich Jugend bzw. durch die Jugendförderung und das Jugendbildungswerk.)

Der Kreisschülerrat wurde als Kooperationspartner gewählt, da es sich bei diesem um ein demokratisch legitimes Organ handelt.

Ob eine Partizipation mit weiteren Jugendgruppen anzustreben ist, soll zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden.

Herr Bechtel bedankt sich für die Vorstellung und erbittet Rückmeldungen.

Frau Regier erfragt, wer der Ansprechpartner sei, wenn von den Jugendlichen ein offenes Forum gewünscht werde.

Herr Soltau erläutert, dass das Jugendbildungswerk und der Arbeitskreis der kinder- und jugendpolitischen Sprecher als Transmissionswege genutzt werden sollen.

Es wird beschlossen, dass der Punkt „-strafrechtlich fragwürdig“ auf Seite 1 gestrichen wird und das der letzte Absatz auf Seite 1 umformuliert wird in: „Vom Arbeitskreis behandelt werden können nur Anliegen und Anträge die den Kreistag berühren“.

Frau Regier fragt wie auf Grundlage des § 4c (Seite 3) definiert werden soll, was Jugendliche berührt und was nicht, also wann eine projektorientierte Arbeit zum Einsatz kommen soll.

Herr Bechtel bemerkt, dass der Fachbereich Jugend die Aufgabe innehat, zu über-schauen, wann ein Projekt relevant für die Kinder und Jugendlichen sei.

Frau Scherer bestätigt dies. Es gäbe zwar noch keine entsprechende Dienstanweisung, aber es sei klar, dass es sich hier um eine Selbstbindung der Verwaltung handle. Man müsse auch immer wieder die eigene Arbeit auf entsprechende Relevanz überprüfen.

Herr Pilgram-Knobel wirft die Frage ein, wie bspw. Grundschüler in dieses System inkludiert werden können. Der KSR vertrete dieses Alterssegment nicht.

Herr Bechtel gibt zu bedenken, dass sehr hohe Anforderungen an den KSR gestellt werden.

Herr Soltau ergänzt, dass abzuwarten bleibt, ob diese Anforderungen bewältigt werden können. Es wird einen Jahresbericht geben, in dem Funktionalität und Entwicklung des vorgelegten Konzepts geprüft werden.

Frau Kaiser-Wirz erfragt, wie die Parteien die jugendpolitischen Sprecher benennen sollen und ob der aus den Sprechern gebildete Arbeitskreis nach der HGO überhaupt umsetzbar sei. Sie gibt zu bedenken, dass eine Abstimmung heute problematisch sei, da noch zu viele offene Fragen bestehen.

Herr Soltau erläutert, dass die Sprecher das politische Interesse mitbringen sollten, dem Kinder- und Jugendbereich zur Verfügung zu stehen. Er bittet darum, dass die jugendpolitischen Sprecher parteienübergreifend arbeiten und sich als Andockstelle für den KSR und dessen Belange sehen. Das Engagement soll nicht als Plattform genutzt, um einzelne Parteien repräsentativ aufzuwerten.

Frau Michelsen bringt ihre Freude über das Konzept zum Ausdruck. Sie schlägt vor, dass man, um den Einbezug der UN-BRK sowie Inklusion darzustellen, dieser Thematik in der Präambel Ausdruck verleiht. Weiterhin merkt sie an, dass die Besetzung des Arbeitskreises geschlechterparitätisch sein sollte, um sowohl die Lebenswelten der weiblichen als auch der männlichen Jugendlichen ansprechen zu können.

Herr Fein bemerkt, dass ein Arbeitskreis im Rahmen der HGO möglich sei, da diese keine Bildung eines solchen ausschließt.

Herr Eckhardt fordert ein weniger starkes Reglement. Die Zeit verstreiche ergebnislos, ein zeitnahes Handeln sei aber wichtig, vor allem für die beteiligten Jugendlichen.

Herr Soltau sieht den Entwicklungen zuversichtlich entgegen. Bereits 2006 habe es einen Arbeitskreis gegeben, der effektiv und erfolgreich im direkten Dialog mit Jugendlichen stand. Er geht davon aus, dass sich auch jetzt Abgeordnete für den Einsatz als kinder- und jugendpolitische Sprecher finden werden.

Weiterhin berichtet er vom Arbeitskreis Demographischer Wandel (Leitung Peter Nissen). In diesem habe er vorgeschlagen, eine AG „Junges Leben auf dem Lande“ ins Leben zu rufen. Eine solche AG würde die Dimension der Beteiligung ausweiten und auch die Lebenswelten der Jugendlichen außerhalb der Städte berühren. Die Partizipation der Jugendlichen sollte ein Schwerpunkt des Fachdienstes darstellen.

Frau Scherer wirbt für eine Abstimmung. Die Freigabe durch den Jugendhilfeausschuss stelle eine von mehreren Stationen im Entscheidungsprozess dar.

Herr Bechtel erfragt, ob der Jugendhilfeausschuss sich heute bereit sieht, über die Vorlage abzustimmen.

Frau Regier spricht sich für ein Votum aus. Man könne eine Basis schaffen und alles weitere prozesshaft sehen.

Herr Pilgram-Knobel stimmt Frau Regier zu. Nach der Empfehlung durch den Jugendhilfeausschuss werde im KA die weitere Gewichtung erfolgen (auch auf politischer Ebene).

Wichtig sei ein zeitnahes Handeln, so dass die derzeitigen Mitglieder des KSR noch die Verwirklichung der Konzeption miterleben können.

Herr Bechtel bittet um Abstimmung. Frau Kaiser-Wirz wird sich aus den o.g. Gründen enthalten.

Frau Kaiser-Wirz wird zugesichert, dass ihre Bedenken hinsichtlich der Entscheidungsreife der Vorlage im weiteren Gremiengang transparent gemacht wird (Beifügung des entsprechenden Protokollauszugs der JHA-Sitzung)

Der KA-Vorlage wird zugestimmt. Herr Bechtel bedankt sich für das Engagement der Beteiligten.

TOP 7 Vorstellung des Projekts „Heimkinderakten“

Frau Krönung, Frau Möller und Frau Eberhardt sind zur Vorstellung des Projekts Heimkinderakten eingeladen.

Frau Scherer erläutert, dass das Projekt „Heimkinderakten“ von den drei Inspektoranwärterinnen über einen Zeitraum von 6 Monaten betreut wurde.

Auf der Basis dieser Arbeit wurde für den Fachbereich Jugend die Vorlage für ein Aktenarchivwesen geschaffen, auf das man sehr stolz sei.

Frau Krönung, Frau Möller und Frau Eberhardt stellen im Folgenden das Projekt vor.

Ausschlaggebend war eine Petition ehemaliger Heimkinder und die darauffolgende Gründung des „runden Tisches Heimkinder“ im Jahr 2009. Das Unrecht und das Leid, das den Heimkindern der 50er und 60er Jahre angetan wurde, sollte anerkannt werden.

2011 kam es dann auch im Landkreis Kassel zur Gründung einer Arbeitsgruppe des Fachbereichs Jugend. Der erkannte Arbeitsaufwand wurde als sehr umfangreich erachtet und daher wurde eine Projektgruppe zur Bearbeitung eingesetzt.

Das Projekt begann mit der Auffindung und Sichtung der noch vorhandenen Akten. Ziel war u.a. die Schaffung einer Regelung zur Akteneinsicht.

Neben den Recherchen der Berichte vom runden Tisch „Heimkinder“ entwickelten die Anwärterinnen Fragebögen für die Fachdienstleitungen des Fachbereichs Jugend, um herauszufinden, welchen Aktenbestand der Landkreis Kassel vorzuweisen hat.

Zusammen mit Studenten der Universität Kassel besuchte man ein Heim. Des Weiteren führte das Projektteam ein Expertengespräch mit den Verantwortlichen im Hessischen Sozialministerium durch. Dieses beinhaltet unter anderem die Fragen, wie mit Auffälligkeiten umgegangen wurde, wie aufschlussreich die Spurensuche war, wie ein Verfahren da-

mals generell abliefe und zuletzt wie die Qualität der damaligen Heimaufsicht zu bewerten war.

Letztendlich fand man in Wolfhagen einen Bestand, der 780 Heimkinderakten umfasste. Die Akten wurden mit ihren Eckdaten erfasst.

Hiernach setzte man sich mit der Archivberatungsstelle in Kontakt. Ergebnis war, dass man die im Beratungsgespräch erworbenen Kenntnisse in Empfehlungen für bspw. Aufbewahrungsfristen für Altakten, zur Akteneinsicht, zu datenschutzrechtlichen Problematiken, zur Archivierung laufender Fälle und zur analogen und digitalen Aufbewahrung umwandelte.

Frau Krönung, Frau Möller und Frau Eberhardt betonten, dass das Projekt, trotz des enormen Arbeitspensums, als sehr positiv empfunden wurde. Sie bedanken sich für das Vertrauen, das ihnen vom Fachbereich Jugend entgegengebracht wurde.

Herr Bechtel bedankt sich für den Vortrag und lässt Raum für Fragen.

Herr Fein erfragt, was genau die Definition für den Begriff „Heim“ sei. Frau Eberhardt erklärt, dass die Problematik der Definierung sich durch das gesamte Projekt gezogen habe und dass eine präzise Definition noch nicht vorhanden sei.

Frau Scherer ergänzt, dass man sich am Begriff „Stationäre Angebote, in denen Jugendhilfe erfolgt“, orientieren könne.

Frau Michelsen möchte wissen, wie die Empfehlung zur Aktenaufbewahrung aussieht.

Frau Möller führt aus, dass Altakten definitiv aufzuheben sein, da diese auch historische Bedeutung haben. Bei den laufenden Fällen gibt es unterschiedliche - fallgeregelte- Fristen.

Frau Scherer verweist auf den Ergebnisbericht, der bei Bedarf elektronisch abrufbar ist und betont noch einmal, wie stolz man auf die drei Anwärtinnen sei.

TOP 8 Präsentation von Arbeitsfeldern der Jugendhilfe

Herr Bechtel schlägt vor, dass innerhalb der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses verschiedene Arbeitsbereiche des öffentlichen und der freien Träger der Jugendhilfe im Landkreis Kassel vorgestellt werden.

Herr Fein merkt an, dass es eine solche Vorstellung vor circa 15 Jahren schon einmal gegeben habe und diese sehr interessant und hilfreich war.

Die Vorstellung der Arbeitsbereiche wird von allen gewünscht. Die Umsetzung wird entsprechend geplant.

TOP 9 Themenspeicher

Aus dem Themenspeicher gestrichen werden können die beiden Punkte „Vorstellung Projekt Heimkinderakten“ und „Partizipation“.

Neu aufgenommen wird die „Präsentation von Arbeitsfeldern der Jugendhilfe“ (siehe TOP 8).

Offene Themen sind: „Neue Medien“ und „Stärkung von Familien im ländlichen Raum“.

TOP 10 Verschiedenes

Frau Scherer weist darauf hin, dass die Rahmenvereinbarung zu Entgelten nach den §§ 78 a ff. unverändert gekündigt ist. Es müssen unverändert Einzelvereinbarungen mit den freien Trägern getroffen werden.

Herr Eckhardt berichtet von einer Gewerkschaftstagung, während der der Inflationsausgleich im Rahmen der Einzelvereinbarungen thematisiert wurde. Die freien Träger hoffen auf eine Inkludierung von Lohnerhöhungen in den Einzelvereinbarungen. Herr Eckhardt resümiert, dass es seitens des Kreises möglich sein müsse, die freien Träger besser auszustatten.

Frau Michelsen spricht den Fachkräftemangel an. Wie solle man ohne die entsprechenden finanziellen Mittel bestimmte Arbeitsbereiche aufrechterhalte?

Herr Eckhardt teilt mit, dass der Kreisjugendring einen neuen Vorsitzenden (Karl Friedrich Erdmann) habe. Die Absprache und Koordination erfolge einwandfrei. Weiterhin bestünde eine gute Zusammenarbeit mit der DLRG.

Herr Bechtel berichtet, dass er in seiner Funktion als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses ein Schreiben von Kita-Leitungen bekommen habe, in dem eine Aufstockung der Fachberatung für den Landkreis Kassel gewünscht werde. Er bittet um eine Einschätzung.

Frau Michelsen möchte wissen, warum eine Aufstockung gefordert wird.

Grundlage für den Wunsch nach Aufstockung seien die steigenden Anforderungen an die Fachberatung.

Das Schreiben sei ebenfalls im Sozialausschuss thematisiert worden. Frau Selbert habe überprüft, ob ein Handeln notwendig sei. Sie sei aber zu dem Schluss gekommen, dass Beratungskräfte ausreichend vorhanden seien.

Frau Michelsen schlägt vor dieses Thema in den Themenspeicher aufzunehmen, um so den Arbeitsbereich im Blick behalten zu können und um sich ein Bild zu machen.

Herr Pilgram-Knobel wird sich diesbezüglich mit Herrn Kleppe in Verbindung setzen und im Fachausschuss hierrüber beraten.

Herr Bechtel schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.

Bechtel
Geschäftsführer Diakonisches Werk Kassel
Vorsitzende JHA

Thüne
Schriftführerin

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Fraktion	Bemerkung
------------	----------	-----------

Anwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Gerd Bechtel		
Volker Eckhardt		
Uta Erdmann	SPD	
Franz Joachim Fein		
Trudi Michelsen	SPD	
Horst Pilgram-Knobel		
Susanne Regier	B90/DIE GRÜNEN	
Karsten Resch		
Meinolf Schaefers		
Dieter Schrader		

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Dekan Wolfgang Heinicke		
Anna Hesse		
Christian Lange	DIE LINKE.	
Günter Mackenrodt		
Christian Rapp		
Klaus Schenkel		
Anja Schröder		

Verwaltung

Regine Bresler		
Julia Eberhardt		
Katharina Krönung		
Sina Möller		
Sabine Scherer		
Peter Soltau		
Vanessa Thüne		

Abwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Harold Becker		
Doris Bischoff	SPD	
Marianne Freitag-Thiele	SPD	
Jürgen Günst		
Birgit Kaiser-Wirz	CDU	
Susanne Selbert	SPD	

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Rainer Ditzel		
Diodoro Ferraro	IWG	
Michael Grieneisen		
Erich Horbrügger		

Dr. Bärbel Mlasowsky	FW	
André Schönewolf		

Verwaltung

Ralph Kleppe		
--------------	--	--